



# HESSISCHER LANDTAG

24. 03. 2009

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Verbesserung der Rechtsetzung in der Europäischen Union**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die Absicht der Europäischen Union, bis zum Jahr 2012 25 v.H. der Bürokratie- und -verwaltungslasten abzubauen, sowie die Initiativen der EU zur Gesetzesfolgenabschätzung und der Rechtsvereinfachung.
2. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass auf EU-Ebene
  - a) ein Gremium außerhalb der Kommissionsstrukturen geschaffen wird, das unabhängig Bürokratiekosten misst und umsetzbare Reduzierungsvorschläge erarbeitet,
  - b) die Überprüfung und Kontrolle der Verwaltungslasten auf alle Rechtsbereiche ausgedehnt wird,
  - c) bereits im Vorfeld des Gesetzgebungsprozesses verstärkt darauf geachtet wird, möglichst wenig neue Bürokratie- und -verwaltungslasten entstehen zu lassen.

### **Begründung:**

Seit der deutschen Ratspräsidentschaft steht das Thema "Better Regulation" ganz oben auf der Agenda der Europäischen Union. Bis zum Jahre 2012 sollen 25 v.H. der Verwaltungslasten abgebaut, Gesetze auf ihren Verwaltungsaufwand abgeschätzt und die Rechtsgrundlagen vereinfacht werden. Diese Vorhaben gilt es zu unterstützen und voranzutreiben, da die Finanz- und Wirtschaftskrise eine zügigere und umfangreichere Entlastung der Unternehmen erfordert.

Die Landesregierung sollte ihren Einfluss auf Bundes- und EU-Ebene nutzen, um ihre Erfahrungen im Abbau von Bürokratie in der dargestellten Weise in den Reformprozess einzubringen.

Wiesbaden, 24. März 2009

Für die Fraktion der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Wagner (Lahntal)**

Für die Fraktion der FDP  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Rentsch**